

Antrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Robert Farle, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Michael Kaufmann, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Raus aus der Stagflationsfalle – Wirtschaftliches Fitnessprogramm für Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Belastung unserer Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben ist im internationalen Vergleich seit langem zu hoch und verringert damit die wirtschaftliche Kraft unseres Landes. Hinzu kommen die massiven wirtschaftlichen Probleme, die sich aus den Corona-Maßnahmen und den Folgen des Ukraine-Kriegs ergeben. Deutschland droht in eine langanhaltende Stagnation, möglicherweise sogar in eine Rezession zu fallen.
 2. Der starke Anstieg insbesondere der Energiepreise hat sich mittlerweile auch in den Verbraucherpreisen festgesetzt. Da ein schnelles und deutliches Handeln der EZB nicht erkennbar ist, drohen auch die Inflationserwartungen zu steigen. Die Gefahr, dass die Preis-Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt wird, erhöht sich.
 3. Um einer Stagflation zu entgehen, muss neben der EZB auch die Bundesregierung das ihr Mögliche tun, um die Inflationsrate zu senken und dafür insbesondere eine schnelle und dauerhafte Entlastung bei den staatlichen Bestandteilen der Energiepreise schaffen. Der Bundeshaushalt enthält genügend Einsparpotenzial, um eine dauerhafte Entlastung der Bürger und Unternehmen gegenzufinanzieren.
 4. Die weiterhin steigenden Bürokratiekosten, vor allem durch EU-Gesetzgebung und bspw. das Lieferkettengesetz, belasten insbesondere die mittelständisch geprägte Exportwirtschaft. Hier besteht erhebliches Entlastungspotenzial, das weder die Inflation anheizt noch das Wirtschaftswachstum hemmt und die Haushalte nicht weiter belastet.

5. Neben der hohen Steuer- und Abgabenlast sowie der Bürokratiebelastung gilt es, weitere strukturelle Wettbewerbsnachteile zu beseitigen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Bürger zu verbessern. Hierzu gehört vor allem die Bereitstellung einer funktions- und leistungsfähigen Infrastruktur. Investitionsstaus sowie deutlich zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren haben zu Überalterung und Verfall geführt, Neubauprojekte brauchen häufig Jahrzehnte bis zur Fertigstellung.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. Steuer- und abgabenwirksame Entlastungen für Bürger und Unternehmen umzusetzen, um insbesondere den gleichzeitig inflationstreibenden sowie wachstumshemmenden Steigerungen der Energiepreise entgegenzuwirken, und hierfür
 - a) allgemeine sowie spezielle Steuern wie die Energie- und Stromsteuer auf den Verbrauch von Heiz- und Kraftstoffen dauerhaft auf die zulässigen EU-Minima abzusenken;
 - b) auf EU-Ebene auf eine Änderung der Richtlinie 2003/96/EG hinzuwirken, um mittelfristig die Abschaffung der Energie- und Stromsteuer zu ermöglichen;
 - c) einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) umgehend außer Kraft setzt, um die CO₂-Abgabe abzuschaffen und so die Ausgaben für Kraft- und Heizstoffe um insgesamt 8,7 Milliarden Euro pro Jahr zu senken;
 - d) die Subventionierung sogenannter grüner Industrien, die bisher über die EEG-Umlage erfolgte, umgehend und unter Wahrung verfassungsrechtlicher Restriktionen einzustellen, statt diese auf anderem Wege fortzuführen, indem die Kosten auf steuerzahlende Unternehmen und Bürger abgewälzt werden;
 - e) in der EU auf eine Aussetzung der Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG hinzuwirken, um die Energieausgaben mittelfristig um rund 6,9 Milliarden Euro zu senken;
 - f) die Möglichkeit zur steuerlichen Verlustverrechnung mit erfolgreicherem Gewinn-Vorjahren durch die Verlängerung des Verrechnungszeitraums auf mindestens drei Jahre zu verbessern;
 - g) den ohnehin verfassungsrechtlich fragwürdigen Solidaritätszuschlag vollständig und ersatzlos abzuschaffen;
 2. durch die uneingeschränkte Nutzung von Kohle- und Kernkraftkraftwerken die Versorgungssicherheit wieder zu gewährleisten und in Verbindung mit den vorgenannten Forderungen für sinkende Energiepreise zu sorgen;
 3. die Unternehmen mit wirksamen Entlastungen beim Bürokratieaufwand zu unterstützen und hierfür
 - a) ein Belastungsmoratorium einzusetzen sowie Gesetzesvorhaben zu verschieben, die in Unternehmen zusätzliche Bürokratiekosten verursachen, sowie mit Nachdruck auf EU-Ebene auf ein solches Moratorium hinzuwirken;
 - b) bestehendes nationales und EU-Recht kritisch auf seinen jeweiligen Bürokratie- und Kostenaufwand für Unternehmen zu prüfen, insbesondere das Lieferkettengesetz sowie die entsprechende EU-Richtlinie und die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO);
 - c) EU-Recht endlich ebenfalls in die Messung der Bürokratiebelastung der Wirtschaft sowie in die sogenannte Bürokratiebremse bzw. „One in, one out“-Regel einzubeziehen und diese mittelfristig zu einer „One in, two out“-Regel auszubauen;

- d) einen ehrlichen Praxischeck für neue Gesetze unter Beteiligung von Fachkreisen und Verbänden, bspw. durch angemessene Fristen für Stellungnahmen, zu ermöglichen und konkrete Maßnahmen gegen fehlende Praxistauglichkeit von Gesetzen zu erarbeiten;
 - e) den Nationalen Normenkontrollrat beim Bürokratieabbau personell sowie strukturell zu stärken und diesem angemessene Beteiligungsfristen zur Beurteilung der Gesetzentwürfe zu gewähren;
 - f) Verwaltungsleistungen für Unternehmen und Bürger vollständig digitalisiert anzubieten und das Onlinezugangsgesetz (OZG) zeitnah zu novellieren (OZG 2.0), um den gegenwärtigen Umsetzungstau der Initiative wirksam zu bekämpfen;
 - g) eine kostenlose, nutzerfreundliche Software des Bundes zu entwickeln und Unternehmen zentral zur Verfügung zu stellen, die es diesen ohne größeren bürokratischen Aufwand ermöglicht, ihre notwendigen Berichtspflichten insbesondere im Bereich der Wirtschaftsstatistik zu erfüllen;
4. die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere im Infrastrukturbereich zu verbessern und hierfür
- a) Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, indem verstärkt Maßnahmengesetze unter der Maßgabe echter und effizienter Bürgerbeteiligung, wie in Bundestagsdrucksache 19/16861 gefordert, zur Realisierung von Infrastrukturprojekten genutzt werden;
 - b) das Verbandsklagerecht abzuschaffen, um Verzögerungen durch Einwände und Klagen gegen Infrastrukturprojekte von nicht Betroffenen, die für sich die Vertretung eines Abstraktums oder Dritter reklamieren, auszuschließen;
 - c) eine bedarfsgerechte Priorisierung der Verkehrsprojekte im Bundesverkehrswegeplan durchzuführen, hierbei insbesondere die Komplementarität der Verkehrsträger Straße und Schiene zu achten und vorrangig die Sanierungsrückstände im Bundesfernstraßennetz aufzulösen;
 - d) die Mittelausstattung für Investitionen in Infrastrukturen, auch für Sanierungsmaßnahmen, zu erhöhen sowie Investitionen in Infrastrukturen langfristig so weit zu verstetigen, dass die entsprechenden Kapazitäten in Bauwirtschaft und Ingenieurbüros aufgebaut werden können;
 - e) stärker MINT-Studiengänge zu fördern, um qualifiziertes Personal für Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen auszubilden und so das Innovationspotenzial der künftigen Datenökonomie ausschöpfen zu können sowie gleichzeitig den Personalengpass in Planungsbehörden zu beseitigen;
 - f) den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu beschleunigen und insbesondere die Antragsverfahren für die Förderung des Breitbandausbaus zu entbürokratisieren und zu vereinfachen, um so den Abruf der bereitgestellten Fördermittel zu erhöhen;
 - g) auch nach dem 1. Januar 2023 mit dem Wegfall der Aufgreifschwelle von 100 Mbit/s den beschleunigten Ausbau einer flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkversorgung durch entsprechende Fördermaßnahmen zu garantieren und dabei die Länder nicht durch bundeseinheitliche Regeln in ihrer Entscheidung zu beschränken, in unterversorgten Regionen weiße Flecken (< 30 Mbit/s) oder graue Flecken (< 100 Mbit/s) zu priorisieren.

Berlin, den 30. Juni 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Belastung der Bürger in Deutschland durch Steuern und Abgaben gehört nach einer Studie der OECD zu den höchsten weltweit. Deutschland ist hier „Vizeweltmeister“. ¹ Das Handelsblatt hat diese Studie am 25.05.2022 ausgewertet und festgestellt: „Ein Single mit Durchschnittsverdienst musste demnach im Vorjahr 48,1 Prozent seines Gehalts in Form von Steuern und Sozialbeiträgen an den Fiskus abführen. Das ist die zweithöchste Belastung unter allen Ländern. Zum Vergleich: Der OECD-Schnitt lag bei 34,6 Prozent.“

Die Belastung der Wirtschaft und speziell der Unternehmen durch Unternehmenssteuern sucht weltweit ebenfalls ihresgleichen und lag laut Statistischem Bundesamt mit durchschnittlich 30 Prozent im Jahr 2021 weit über dem internationalen Durchschnitt von 23,64 Prozent. ²

Zur anhaltend hohen Steuerbelastung in Deutschland kamen seit dem Jahr 2020 weltweit die wirtschaftlichen Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie hinzu, die neben vielen Insolvenzen und Umsatzausfällen in Deutschland zu erheblichen Störungen in den globalen Lieferketten sorgten und noch heute sorgen. So wird die anhaltende Lockdown-Politik der chinesischen Regierung nach Aussage einer Vertreterin des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch zukünftig erhebliche Störungen in den internationalen Lieferketten zur Folge haben. ³

Zusätzlichen Druck auf die ohnehin angespannten und gestörten Lieferketten üben die Wirtschaftssanktionen in Folge des Kriegsausbruchs in der Ukraine sowie die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft aus. Laut dem Präsidenten des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, geben knapp 80 Prozent der Industrieunternehmen Probleme in der Beschaffung von Vorprodukten an. Das größte Risiko für die Konjunktur sieht er in den stagflationären Tendenzen, die auf eine Kombination aus internationaler Energie- und Nahrungsmittelverknappung samt explodierender Preise zurückzuführen seien. ⁴

Bereits seit November 2021 liegt die Inflation der Verbraucherpreise über 5 Prozent und ist bis Mai 2022 auf 7,9 Prozent gestiegen. ⁵ Ein weiterer Anstieg der Inflation wird allgemein angenommen, auch wenn die Bundesregierung bisher für das Gesamtjahr 2022 nur einen Anstieg von 6,1 Prozent prognostiziert. ⁶ Die steigenden Strom-, Gas-, Öl- und Kraftstoffpreise sind neben der massiven Gelddruckpolitik der EZB eine der Hauptursachen der Inflation. Die Energiepreise sind seit Anfang des Jahres zwischen 20 Prozent und 40 Prozent pro Monat gestiegen. ⁷ Die inflationsbedingt steigenden Lebenshaltungskosten fallen bei Familien und Geringverdienern in besonders hohem Maße ins Gewicht, weil sie einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens hierfür aufwenden müssen.

Die stark steigenden Energiepreise sind bereits seit langem eine hohe Belastung für Haushalte und Industrie. Die Strompreise für Haushalte sind laut Analysen des BDEW von April 2022 seit dem Jahr 2002 durch Subventionierung „grüner“ Industrien und zusätzliche, künstliche Belastungen wie den EU-Emissionshandel um 122 Prozent gestiegen. ⁸ Auch Heiz- und Kraftstoffe werden künstlich verteuert, bspw. mit der nationalen Abgabe auf Kohlenstoffdioxidemissionen, um den Verbrauch durch Bürger und Wirtschaft zu senken und somit politische Ziele zu erreichen.

Unternehmen leiden ebenfalls unter den steigenden Energiepreisen. In vielen energieintensiven Unternehmen musste die Produktion schon eingeschränkt, eingestellt oder ins Ausland verlagert werden, da die hohen Energiepreise hierzulande keinen wirtschaftlichen Betrieb mehr erlauben. ⁹ Die starken Steigerungen bei den Erzeugerpreisen sind ein sicherer Indikator dafür, dass es sich bei der hohen Inflation und den verbundenen Kaufkraftverlusten sowie Kostensteigerungen in Unternehmen nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Die Erzeugerpreise stiegen im April dieses Jahres um 33,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat so stark wie noch

¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/studie-der-oecd-steuern-und-abgaben-deutschland-ist-vize-weltmeister/28368128.html>

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1225581/umfrage/unternehmenssteuern-ausgewaehlte-laendern/#:~:text=In%20Deutschland%20lag%20der%20Unternehmenssteuersatz,weltweiten%20Trend%20zu%20sinkenden%20Unternehmenssteuers%C3%A4tzen>

³ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/iwf-warnt-vor-hoeherer-inflation-und-aufspaltung-der-weltwirtschaft-18040665.html>

⁴ <https://www.handelsblatt.com/politik/oekonom-clemens-fuest-ifo-chef-zur-konjunkturlage-eine-krise-die-alles-bisher-bekannte-uebertrifft/28357788.html>

⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindex-zum-vorjahresmonat/>

⁶ <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-04/inflation-in-deutschland-steigt-voraussichtlich-auf-7-4-prozent>

⁷ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_221_611.html

⁸ <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/>

⁹ <https://www.enegate-messenger.de/news/220729/erste-produktionsstopps-durch-energiepreiskrise>

nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949; wieder getrieben von Steigerungen der Energiepreise um 87,3 Prozent.¹⁰ Als Folge wird mit erheblichen Steigerungen der Verbraucherpreise gerechnet. Laut Erhebungen des Ifo-Instituts planen bspw. 94 Prozent der Nahrungsmittel-Einzelhändler Preiserhöhungen.¹¹

Die hohe Inflation trifft laut Prognosen der Institute auf ein immer weiter sinkendes Wirtschaftswachstum. Auch die Bundesregierung hat im April dieses Jahres in ihrer Frühjahrsprojektion zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2022 von 3,6 Prozent auf 2,2 Prozent senken müssen.¹² Die EU-Kommission erwartet laut ihrer jüngsten Konjunkturschätzung für Deutschland nur noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent, womit Deutschland vor Estland Schlusslicht in der Europäischen Union wäre.¹³

Ökonomen warnen seit Monaten davor, dass eine anhaltend hohe Inflation in Kombination mit einem sinkenden Wirtschaftswachstum wie in den frühen 1970er Jahren in eine Stagflation übergehen könnte. Als Stagflationsfalle bezeichnen Ökonomen das Problem, wonach die üblichen konjunkturpolitischen Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale nicht mehr zielführend anwendbar sind. So reizen staatliche Ausgabenprogramme zwar geringfügig das Wirtschaftswachstum an, sie verstärken allerdings gleichzeitig durch ihre nachfragesteigernde Wirkung den Inflationsdruck, insbesondere in der Bauwirtschaft. Umgekehrt verhält es sich mit geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken wie der Anhebung von Leitzinsen. Zwar bekämpfen Zinserhöhungen in einem gewissen Rahmen und mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die Inflation, allerdings erhöhen sie die Finanzierungskosten von Unternehmen sowie Verbrauchern und dämpfen somit das Wirtschaftswachstum.

Konjunkturpolitisch ist es daher geboten, im Zusammenspiel mit der geplanten Anhebung der Leitzinsen den wachstumssenkenden Effekt dieser geldpolitischen Maßnahme über wachstumsanreizende Maßnahmen ohne inflationären Druck auszugleichen – mit Entlastungen der Bürger und Unternehmen, zum Beispiel Steuerentlastungen sowie kostensenkendem Bürokratieabbau.

Die überbordende Bürokratie bremst das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Statt den lang versprochenen Bürokratieabbau voranzutreiben, ist der jährliche Erfüllungsaufwand für Unternehmen in den letzten zehn Jahren weiter gestiegen.¹⁴ So fallen beispielsweise laut DIHK-Präsident Peter Adrian in einem familiengeführten Gastgewerbebetrieb 14 Stunden wöchentliche Arbeitszeit für Bürokratiepflichten an.¹⁵ Dem Bürokratieabbau muss mehr Priorität eingeräumt werden, um die Wirtschaft zu entlasten. Dabei muss die Bürokratiebremse („One in, one out“-Regel) endlich erweitert und optimiert werden. Die 1:1-Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht, die bisher von der Bürokratiebremse ausgenommen ist, muss in die „One in, one out“-Regel aufgenommen werden. Hier besteht großes Einsparpotenzial, da EU-Recht oftmals einen großen Teil der Bürokratiebelastung für Unternehmen ausmacht.¹⁶ Damit die Bürokratiebremse in Zukunft eine spürbare Entlastungswirkung entfaltet, sollte sie mittelfristig in eine „One in, two out“-Regel erweitert werden.

Auch muss die Bundesregierung wieder eine der Kernaufgaben des Staates wahrnehmen und funktions- sowie leistungsfähige Infrastrukturen bereitstellen. Leistungsfähige und dauerhaft funktionierende Infrastrukturen für Verkehr, Kommunikation und Energie sind zwingende Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Allerdings werden die Infrastrukturen in Deutschland von vielen Unternehmern nicht mehr als Standortvorteil wahrgenommen. Beispielsweise hat die langjährige Unterfinanzierung der Straßen- und Schienenwege nicht nur zu einem Investitionsstau, sondern bereits zu substantiellen Mängeln bei der Nutzbarkeit vorhandener Verkehrswege geführt. Laut Gutachten des IW Köln geben 70 Prozent der befragten Unternehmen an, dass ihre Geschäftsabläufe durch Infrastrukturmängel im Straßenverkehrsbereich beeinträchtigt werden, 30 Prozent geben gar deutliche Beeinträchtigungen an.¹⁷ Ähnlich verhält es sich mit der Digitalisierung. Der mangelnde Ausbau der digitalen Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum wirkt sich nachhaltig als erheblicher Standortnachteil aus.

¹⁰ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_210_61241.html

¹¹ <https://www.ifo.de/node/68771>

¹² https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/dgb-chef-fordert-inflationsausgleich-doch-das-birgt-gefahren_id_90365448.html

¹³ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eu-fruehjahrsprognose-deutschland-gentiloni-stabilitaetspakt-inflation-1.5585724>

¹⁴ Jahresbericht 2021 des Nationalen Normenkontrollrats

¹⁵ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/neuer-normenkontrollrat-was-die-wirtschaft-beim-buerokratieabbau-erwartet/28347228.html>

¹⁶ <https://bdi.eu/themenfelder/mittelstand-und-familienunternehmen/buerokratieabbau/#/artikel/news/buerokratieabbau-bleibt-schluesselform-fuer-die-deutsche-industrie/>

¹⁷ <https://www.iwkoeln.de/studien/thomas-puls-von-der-fehlenden-infrastruktur-zum-verlagerungspotenzial.html>

Ungeachtet des konjunkturellen Umfelds und der strukturellen Wettbewerbsnachteile Deutschlands werden durch die Bundesregierung milliardenschwere Schönwetter-Programme aufgelegt, statt für echte und konjunkturpolitisch gebotene Entlastungen bei Steuern sowie Bürokratie zu sorgen und die Gelegenheit zu nutzen, strukturelle Wettbewerbsnachteile wie die hohe Steuern- und Abgabenlast sowie marode Infrastrukturen anzugehen.

